SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Widerstand der Kurden gegen den IS: neue Chancen für die Unabhängigkeit

Gürbey, Gülistan

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute for Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Gürbey, G. (2015). *Widerstand der Kurden gegen den IS: neue Chancen für die Unabhängigkeit.* (GIGA Focus Nahost, 3). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Nahost-Studien. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-431148

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Comercial-NoDerivatives). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

Nummer 3
2015
ISSN 1862-3611

NAHOST

Widerstand der Kurden gegen den IS: Neue Chancen für die Unabhängigkeit

Gülistan Gürbey

Masoud Barzani, Präsident der kurdischen Autonomieregion im Irak, betonte in einem Interview mit dem Nachrichtensender CNN am 23. Juni 2014, dass die Kurden den Untergang des Irak nicht zu verantworten hätten und sie nicht zur „Geisel der Ungewissheit" gemacht werden dürften. Es sei an der Zeit, das kurdische Volk selbst über seine Zukunft entscheiden zu lassen.

Analyse

In Folge des dramatischen Vormarsches des „Islamischen Staats" (IS) im Sommer 2014 im Irak und in Syrien haben sich die Chancen für eine territoriale Ausweitung und Vertiefung der kurdischen Autonomie im Irak und in Nordsyrien bis hin zur Unabhängigkeit verbessert. Damit verschärften sich aber auch die Konkurrenz der kurdischen Parteien und die Gegenmaßnahmen der Nachbarstaaten Türkei und Iran, die einer kurdischen Unabhängigkeit ablehnend gegenüberstehen.

- Der gemeinsame Kampf der irakischen, türkischen und syrischen Kurden gegen den IS steigerte ihre strategische Bedeutung als sicherheitspolitischer Partner des Westens. Ihre prowestliche, säkulare politische Ausrichtung förderte dies zusätzlich. Auch die noch als Terrororganisation gelistete PKK und die mit ihr verbündete stärkste Partei der syrischen Kurden, die PYD, konnten ihr Ansehen aufbessern.
- Die gemeinsame Bedrohung durch den IS hat eine transnationale kurdische Öffentlichkeit entstehen lassen und eine, wenn auch noch fragile, Kooperation rivalisierender kurdischer Parteien und Politiker ermöglicht. Dies eröffnet neue Chancen, ihre innere Zerrissenheit zu überwinden und den Prozess der kurdischen Nationalstaatsbildung zu forcieren.
- Gleichwohl sind neue Konflikte hinzugekommen: die innerkurdische Rivalität um Dominanz, Spannungen zwischen Kurden und schiitischen Milizen und die Förderung antikurdischer Angriffe durch die mächtigen Nachbarstaaten Iran und Türkei.
- Eine Unabhängigkeit von Irakisch-Kurdistan ist kein bloßer Traum mehr, sondern eine reale Option, sollte der Irak weiter auseinander driften oder gar zerfallen.

Schlagwörter: IS, Kurden, Irakisch-Kurdistan, Rojava, kurdische Politik

open access

Unabhängiges Irakisch-Kurdistan: Nur ein Traum?

Während der Offensive der radikal-islamistischen Terrormiliz „Islamischer Staat" (IS) im Sommer 2014 in Irak drohte ein Zerfall des Landes. Dabei schien auch die Option einer staatlichen Unabhängigkeit für Irakisch-Kurdistan näher zu rücken. Nachdem die irakische Armee während des IS-Vormarsches auf Mosul Anfang Juni 2014 Hals über Kopf geflohen war, hatte die irakisch-kurdische Führung unter Masoud Barzani[1] die sogenannten „umstrittenen Territorien" einschließlich der Stadt Kirkuk unter ihre Kontrolle gebracht und damit eine weitere Ausbreitung des IS verhindert. Diese Gebiete befinden sich offiziell außerhalb der kurdischen Autonomieregion und umfassen insgesamt 13 Distrikte und drei Subdistrikte in den Provinzen Ninive, Kirkuk, Salah ad-Din und Diyala. Die Zugehörigkeit dieser Gebiete, auf die die kurdische Regionalregierung (KRG-Kurdistan Regional Government) Anspruch erhebt, sollte Ende 2007 durch ein Referendum gemäß Artikel 140 der irakischen Verfassung von 2005 geklärt werden. Doch die irakische Zentralregierung verzögerte eine Abstimmung (Kane 2011). Die Kontrolle über Kirkuk ist von strategischer Bedeutung, weil die dortigen Ölfelder etwa 13 Prozent des gesamten irakischen Erdölvorkommens ausmachen und die wirtschaftliche Unabhängigkeit der kurdischen Autonomieregion sichern könnten.

Aus dieser gestärkten Position heraus setzte Präsident Barzani die Unabhängigkeit Irakisch-Kurdistans auf die Tagesordnung, gleichwohl ohne diese einseitig und übereilt auszurufen. Die USA übten Druck aus, nicht die Unabhängigkeit, sondern die Bildung einer neuen irakischen Einheitsregierung zu forcieren. Barzani beauftragte dennoch das kurdische Regionalparlament, ein Referendum über die Unabhängigkeit einschließlich der umstrittenen Territorien und Kirkuk für den Fall vorzubereiten, dass der Irak weiter auseinander driftet.

Als der IS Anfang August 2014 eine Offensive gegen das Siedlungsgebiet der kurdischen Jesiden in Sindschar (kurdisch: Şengal) und in Richtung der kurdischen Hauptstadt Erbil startete, trat die Führung in Bezug auf die Forderungen nach Unabhängigkeit jedoch einen Schritt zurück. Die unmittelbare militärische Bedrohung konnte nur durch eine US-amerikanische Militärintervention gestoppt werden. Den USA liegt an einem Erhalt der territorialen Einheit Iraks, für dessen Zerfall sie nicht verantwortlich sein möchte. Die kurdische Regierung suchte deshalb die Kooperation mit der neuen Bagdader Zentralregierung unter Ministerpräsident Haidar al-Abadi (seit September 2014), um die militärische und politische Front gegen den gemeinsamen Feind IS zu stärken und finanzielle Engpässe zu verringern. Diese hatten sich aufgrund des Disputs um die Hoheit über die kurdischen Erdölexporte zwischen der Zentralregierung und der kurdischen Regionalregierung sowie durch den rasanten Preisverfall des Erdöls verschärft. Durch den kooperativen Ansatz mit Bagdad erlangte Erbil mehr Gewicht innerhalb des Irak und Glaubwürdigkeit auf internationalem Parkett für eine künftige Unabhängigkeit, sollte der Zerfall des Irak nicht mehr aufzuhalten sein.

Die kurdische Führung ließ nie Zweifel daran aufkommen, dass sie prinzipiell einen eigenen Staat anstrebt. Aus Rücksicht auf Bedenken in Washington, Ankara und Teheran hat sie aber davon abgesehen, konkrete Schritte in diese Richtung zu unternehmen. Auch vermied sie bislang eine aktive Sezessionspolitik, um die Zukunft der bestehenden Autonomieregelung nicht zu gefährden. Selbst als das in der irakischen Verfassung vorgesehene Referendum über die umstrittene Kirkuk-Region von Bagdad immer weiter verzögert wurde und der Streit um Zahlungen aus Bagdad und kurdische Öl-Exportrechte eskalierte, forderte Erbil die Einhaltung der Verfassung, nicht aber die Loslösung von Bagdad (ICG 2011; Bengio 2012). Aufgrund des gestiegenen Sicherheitsbedürfnisses bestehen die prioritären Ziele der kurdischen Führung darin, die Autonomieregion zu schützen, ihre energiepolitischen Interessen durchzusetzen und ihre Position in den „umstrittenen Territorien" zu konsolidieren. Außerdem muss sie dringend die Vereinigung der nach wie vor zwischen den Parteien KDP und PUK (Patriotische Union Kurdistans) geteilten militärischen und sicherheitspolitischen Strukturen der KRG voranbringen.

Die Chance auf staatliche Unabhängigkeit hängt vor allem von der Fähigkeit der KRG ab, ihre Beziehungen mit den beiden mächtigen Nachbarstaaten Iran und Türkei zu managen. Daher verfolgt sie eine Balancepolitik in Richtung Ankara, Teheran und Bagdad. So hat sie ihre Kooperation mit der Türkei im Energie- und Wirtschaftssektor seit 2008 signifikant ausgebaut. Umgekehrt beteiligt sich Ankara an der militäri-

1 Präsident der Autonomieregion und Vorsitzender der stärksten Partei, der KDP (Demokratische Partei Kurdistan).

schen Ausbildung der Peschmerga (Streitkräfte der Autonomen Region Kurdistans). Mit dieser Kooperation versucht Ankara, sich als regionaler Schutzpatron der Kurden zu etablieren, das Gewicht der PKK (Arbeiterpartei Kurdistan) einzudämmen und den Einfluss von Iran auf die Kurdenfrage zu schwächen. Die Türkei steht einer Unabhängigkeit von Irakisch-Kurdistan eher wohlwollend gegenüber. Als der Zerfall des Irak drohte und die Unabhängigkeit zunehmend wahrscheinlicher wurde, äußerte Hüseyin Çelik, Sprecher der regierenden Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP), im Juni 2014, dass Ankara das Selbstbestimmungsrecht der Kurden im Irak respektieren werde, sollte der Irak auseinander brechen.

Allerdings zeigt sich Ankara aufgrund der innerkurdischen Kooperation zwischen den Peschmerga, der PKK und ihrem syrischen Ableger PYD (Demokratische Unionspartei) inzwischen wieder zurückhaltender. Auch Iran sprach sich in jüngster Zeit eindeutig gegen eine Unabhängigkeit Irakisch-Kurdistans aus. Seit dem Vormarsch des IS konnte Iran seinen regionalen Einfluss im Irak und in Syrien sowie auf die innerkurdischen Entwicklungen deutlich stärken. Iran wird daher weiterhin versuchen, seinen Einfluss auf die Kurden zu behalten und den türkischen Einfluss einzudämmen. Angesichts der engen Kooperation der KRG mit westlichen Staaten ist jedoch nicht zu erwarten, dass Iran eine kurdische Unabhängigkeit militärisch zu verhindern trachten würde. Die kurdische Regionalregierung versucht, die Beziehungen zu Teheran durch eine wirtschaftliche und energiepolitische Kooperation zu intensivieren. Dazu laufen derzeit Gespräche zwischen der KRG und der iranischen Regierung. Ziel ist es, durch den Bau von zwei Pipelines Rohöl in den Iran zu exportieren und im Gegenzug raffiniertes Erdöl und Erdgas von Iran zu erhalten.

Neue Kooperationsformen der kurdischen Regionen

Der Angriff des IS auf Sindschar und in Richtung Erbil Anfang August 2014 sowie auf die syrisch-kurdische Kleinstadt Kobane Mitte September 2014 führte innerhalb der kurdischen Akteure zu einigen positiven Entwicklungen:

- Der gemeinsame Kampf gegen den IS förderte eine grenzüberschreitende Kooperation kurdischer Politiker und Parteien hin zu einer kurdischen nationalen Politik und die Herausbildung einer transnationalen kurdischen Öffentlichkeit. Dies ist ein Novum, denn bislang beschränkte sich die öffentliche Sphäre meist auf die jeweiligen einzelstaatlichen Gebiete. Erstmals sind Kurden aus allen Teilen Kurdistans und der Diaspora vom gleichen Feind bedroht und beteiligen sich gemeinsam am Kampf gegen den IS.
- In Folge der existenziellen Bedrohung durch den IS und der Forderungen aus der grenzüberschreitenden kurdischen Öffentlichkeit bildet sich dabei erstmals eine, wenngleich noch fragile, Kooperation jenseits parteipolitischer Grenzen heraus. Dabei kooperieren die bisherigen Rivalen PKK/PYD, KDP und PUK, wie zum Beispiel in Makhmour, Sindschar, Kirkuk, Kobane und einigen anderen Orten. Durch den gemeinsamen Kampf konnten die bisherigen Rivalen Gebiete zurückerobern und gemeinsame militärische Erfolge erzielen. Sie steigerten zudem ihre regionale strategische Bedeutung und ihre internationale Reputation. Die sich verstetigende innerkurdische Kooperation fördert die Kommunikation untereinander, festigt eine gemeinsame kurdische Politik und stärkt die militärische Schlagkraft. Dies kann auf Dauer dazu dienen, die Zerstrittenheit der politischen Akteure zu überwinden und die Basis für einen friedlichen Modus Vivendi zu schaffen.
- Die Bedrohung durch den radikalen Islamismus des IS beeinflusst auch in anderer Hinsicht den innerkurdischen Diskurs: In Abgrenzung zu den dominanten islamistischen Oppositionsgruppen in Syrien und seinen Nachbarstaaten betonen Politiker sowie Vertreter der kurdischen Zivilgesellschaft den säkularen und inklusiven Charakter ihrer Politik. Dies verhilft ihnen zu größerer internationaler Legitimität und Unterstützung. Andererseits nutzen auch die kurdischen Akteure das Potenzial des Islam als mobilisierende Kraft, um Unterstützung zu gewinnen. So organisierte beispielsweise die PKK im Mai 2014 in Diyarbakir einen „Demokratischen Islam-Kongress“, auf dem sie eine tolerante, pluralistische Interpretation der Religion propagierte.
- Die anfänglichen Erfolge der Militäroffensive des IS machten aber auch Defizite im Sicherheitsbereich der kurdischen Autonomieregion deutlich. So ist die Kommandostruktur der Peschmerga-Miliz nach wie vor entlang der Parteilinien der KDP und PUK fragmentiert. Daraus resultiert eine geteilte Loyalität und

dies untergräbt ihre Fähigkeit, im gemeinsamen Interesse zu handeln und sich zu einer einheitlichen professionellen Streitkraft mit einer überparteilichen Loyalität zu entwickeln. Auch eine Koordination der Peschmerga und der bislang getrennten Sicherheitsdienste der beiden Parteien fand bislang nicht statt. Nunmehr hat die KRG darauf reagiert und eine parlamentarische Kommission damit beauftragt, notwendige Schritte einzuleiten, um die Kommandostrukturen und die militärische Ausbildung zu vereinheitlichen. Desgleichen soll damit begonnen werden, die Partei-Milizen in eine vereinte Verteidigungsarmee zu überführen. Die aktuelle militärische Hilfe aus den USA und westlichen Staaten, darunter auch aus Deutschland, steigert die militärische Leistungsfähigkeit der Peschmerga und könnte diese Bemühungen fördern. Eine Vereinheitlichung würde die militärische Schlagkraft der KRG erhöhen und das Risiko erneuter Feindseligkeiten zwischen der KDP und PUK vermindern. Ferner könnte dies die Rechtsstaatlichkeit in der Autonomieregion stärken. Die militärische Uneinigkeit hat bislang auch die Justiz, die Unabhängigkeit der Medien und den politischen Entscheidungsprozess der KRG untergraben. Eine künftige Unabhängigkeit ohne eine militärische Vereinheitlichung und eine Zusammenlegung der Sicherheitsdienste wäre daher undenkbar.

Sollten diese positiven Entwicklungen, die der Krieg mit dem IS in Gang gesetzt hat, von Dauer sein, so werden sie mittel- und langfristig die grenzüberschreitenden Beziehungen der Kurden verbessern und ihre Bestrebungen nach Autonomie und Selbstbestimmung im regionalen Kontext fördern.

Herausforderungen und Spannungen

Allerdings brachten die jüngsten Ereignisse auch neue Herausforderungen für die ohnehin historisch belasteten innerkurdischen Beziehungen mit sich. Dies betrifft das Verhältnis der wichtigsten kurdischen Parteien, der PKK und KDP einerseits sowie der KDP und PUK andererseits. Trotz der neu gefundenen Kooperation konkurrieren sie weiterhin um die Dominanz der kurdischen regionalen Politik, was die jüngsten positiven Entwicklungen gefährden kann. Bereits in den späten 1980er und den 1990er Jahren war es aufgrund machtpolitischer Auseinandersetzungen und ideologischer Differenzen zu „Bruderkriegen“ (kurdisch: brakuji) gekommen, die tief im kollektiven Gedächtnis der Kurden verankert sind. Die Kriege sind verantwortlich für die Zerrissenheit, die es Nachbarstaaten ermöglichte, über Stellvertreter Einfluss auf die innerkurdischen Auseinandersetzungen zu nehmen.

Zwar haben sich die Beziehungen seit den 2000er Jahren verbessert, jedoch trat die Rivalität zwischen der PKK/PYD und der KDP im syrischen Bürgerkrieg und im Kampf gegen den IS wieder zutage. Rojava, das die drei seit Juli 2012 von der PYD errichteten und kontrollierten kurdischen Selbstverwaltungskantone Afrin, Kobane und Cezire im Norden und Nordosten Syriens umfasst, und Sindschar im Westen des Irak wurden zu Schauplätzen machtpolitischer Auseinandersetzungen. Die PKK ist hier im Vorteil, da sie nach der Errichtung der kurdischen Selbstverwaltungskantone ihre Hoheit über Rojava etablierte, eine kampferprobte Selbstverteidigungseinheit bildete und pro-KDP Kräfte gewaltsam aus Rojava verdrängen konnte. Die KDP unter Barzani schloss im Frühjahr 2013 die Grenze zu Rojava und ließ im April 2014 einen Grenzgraben ausheben. Dadurch wurden die syrischen Kurdengebiete zu einer Zeit komplett von der Außenwelt abgeschnitten, in der sie sowohl vom IS als auch vom syrischen Regime bedroht waren. Barzani und die KDP gerieten dafür in die grenzübergreifende innerkurdische Kritik und nahmen politisch Schaden. Um den Einfluss der PKK/PYD zurückzudrängen, hatte Barzani bereits im Juli 2012 in Erbil einen Kurdischen Nationalrat gegründet, in dem der KDP nahestehende, syrisch-kurdische Parteien sowie eine neue „Demokratische Partei Kurdistan-Syrien“ (KDP-S) vertreten sind.

Angesichts der Offensive des IS auf Sindschar und in Richtung der Hauptstadt Erbil im August 2014 und in Kobane Mitte September 2104 schwächte sich diese offene Rivalität zwischen der PKK/PYD und der KDP zeitweise ab. Die transnationale kurdische Öffentlichkeit erwartet, dass eine gemeinsame Position gefunden und die Kooperation aller Kurden forciert wird. Diese Faktoren führten ab August 2014 zur grenzüberschreitenden militärischen Kooperation beider Seiten: Während die PKK im August 2014 an verschiedenen Orten der KDP und KRG im Irak zu Hilfe kam, sandte die KRG Ende Oktober 2014 Peschmerga-Einheiten über türkisches Territorium nach Kobane, um die PYD in ihrem Kampf gegen den IS zu unterstützen. Bereits Mitte Oktober 2014

hatte das kurdische Regionalparlament in einer Erklärung seine Solidarität mit Rojava bekundet und die KRG dazu aufgefordert, den Volkswillen in den Kantonen Rojavas anzuerkennen, die Entscheidungen der dortigen Bürger zu unterstützen und die Beziehungen zu Rojava zu intensivieren. Zeitgleich hatte Barzani Mitte Oktober 2014 ein Treffen zwischen der PYD und dem pro-KDP Kurdischen Nationalrat in Duhok initiiert, um über eine Kooperation aufgrund der aktuellen Situation in Kobane und über eine zukünftige Zusammenarbeit aller politischen Akteure in Rojava zu beraten. Die Parteien vereinbarten, politisch wie militärisch zusammenzuarbeiten sowie die politischen, militärischen und administrativen Strukturen in den drei Kantonen inklusiv zu gestalten. Zudem sollten Akteure, die nicht der PYD angehören, beteiligt werden.

Verbesserte innerkurdische Beziehungen sind eine Voraussetzung dafür, den langersehnten kurdischen „Nationalkongress" einzuberufen, der eine überparteiliche, zentrale Plattform für alle kurdischen Parteien bieten soll. Ihm obliegt es, den innerkurdischen Dialog zu fördern und dazu beizutragen, eine gemeinsame regionalpolitische und pankurdische Agenda zu entwickeln. Aufgrund der Rivalität zwischen PKK und KDP war der anvisierte Kongress jedoch mehrmals verschoben worden. Trotz der einsetzenden militärischen Kooperation ab August 2014 trat diese Rivalität in Sindschar erneut zutage. Die PKK hatte gemeinsam mit der PYD über einen Sicherheitskorridor Tausende kurdische Jesiden, die vor der Offensive des IS im August 2014 ins Sindschar-Gebirge geflüchtet waren, von dort nach Rojava evakuiert und dadurch ihr Leben gerettet. Durch den Schutz der Minderheit bemühte sie sich auch, internationale Anerkennung zu erhalten und ihren Status als „Terrororganisation" loszuwerden. Zugleich versuchte die PKK mit ihrer Rolle als Beschützerin der Jesiden, die Hoheit in Sindschar zu erlangen und ihren Einflussbereich in Irakisch-Kurdistan auszuweiten. In kurzer Zeit schuf die PKK anschließend eine bewaffnete Einheit aus jesidischen Frauen und Männern und setzt seitdem die Bewaffnung und Ausbildung neuer Mitglieder fort. Diese Einheiten kontrollieren seither Sindschar. Der Versuch der PKK, in Sindschar unter Beteiligung der Jesiden und mit Unterstützung von Teilen der PUK eine eigene kantonale Administration ähnlich der in Rojava zu errichten, unterhöhlte allerdings die Duhok-Vereinbarung. Sindschar gehört zu den „umstrittenen Territorien", auf die die KRG Anspruch erhebt. Die steigende Sympathie der Jesiden für die PKK sorgt deshalb für Unmut bei Barzanis KDP, zumal das Verhältnis zwischen Jesiden auf der einen Seite sowie Barzani und der KDP auf der anderen Seite ohnehin belastet ist. Die zum Schutz der Bevölkerung in Schingal stationierten Peschmerga-Einheiten waren im Sommer 2014 vor den Truppen des IS geflüchtet. Die Flucht hatte das hohe Ansehen der KDP-Peschmerga in der Bevölkerung beschädigt und zum Vorwurf gegen Barzani geführt, er habe die jesidische Zivilbevölkerung schutzlos zurückgelassen. Um die Hoheit der KRG in dieser Region wiederherzustellen, wollen Barzani und die KRG der irakischen Zentralregierung einen Vorschlag zur Bildung eines eigenen Governorates für Sindschar unterbreiten.

Die Patriotische Union Kurdistans (PUK), der Koalitionspartner und zugleich Dauerkonkurrent der KDP, hatte in den letzten Jahren zusehends an politischer Macht verloren, was sich etwa in den kurdischen Parlamentswahlen von 2013 niedergeschlagen hatte. Damals erzielte sie nur noch 17,8 Prozent der Sitze und wurde somit lediglich drittstärkste Kraft. In den 1990er Jahren hatte sie noch über einen Stimmenanteil von rund 44 Prozent verfügt. Die Flucht der KDP-Peschmerga und die geschwächte Position der KDP in Sindschar eröffnete ihr nun die Chance, stärker mit der PKK zu interagieren und den Druck auf die KDP zu erhöhen. Alle Seiten stehen gegenwärtig unter dem Druck der transnationalen kurdischen Öffentlichkeit, diese Konflikte ohne Gewaltanwendung zu lösen und einen neuen „Bruderkrieg" zu verhindern.

Alte Risiken und neue Konflikte

Nicht nur innerkurdische Spannungen, sondern auch externe Bedrohungen fordern die kurdischen Akteure derzeit heraus. Dazu zählen neue Konflikte mit schiitischen und sunnitisch-arabischen Milizen, die vom Iran unterstützt werden. Sie wurden mit dem Segen der Bagdader Zentralregierung und hochrangiger religiöser Autoritäten für den Kampf gegen den IS gebildet. In den Städten Dschalaula und Saadiya in der Provinz Diyala nahe der iranischen Grenze nehmen die Spannungen zwischen ihnen und den Peschmerga-Milizen zu. Kurdische Peschmerga, die irakische Armee und schiitische Milizen hatten diese Städte im November 2014 im gemeinsamen Kampf vom IS zurückerobert. Doch sowohl die Peschmerga als auch die schiitischen Milizen beanspruchen seitdem die Kontrolle

über die befreiten Gebiete. So gab es bereits mehrere, wenngleich bislang marginale bewaffnete Zusammenstöße zwischen ihnen.

Die Ausbreitung schiitischer Milizen vor allem in der ölreichen Provinz Kirkuk erhöht die Gefahr solcher Zusammenstöße. Iran heizt die neue Konfliktformation zusätzlich an, um seinen Einfluss in Irakisch-Kurdistan und in den umstrittenen Territorien auszuweiten und als Druckmittel gegen die kurdische Regionalregierung nutzen zu können. Als engster Verbündeter des Assad-Regimes versucht Iran auch in Rojava Einfluss zu nehmen, um die PYD zu schwächen und die syrisch-kurdische Selbstverwaltung zu unterminieren. Als es Mitte Januar 2015 zu Zusammenstößen in der Stadt Hasaka im Cezire-Kanton kam, bezichtigte die PYD den Iran, arabische Stämme zu unterstützen und gezielt gegen die Kurden einzusetzen.

Die Eindämmung der PKK bzw. PYD ist aber auch für die Türkei von immenser Bedeutung. Sie führt seit Herbst 2012 Friedensgespräche mit der PKK, die jedoch nur schleppend verlaufen. Ziel der türkischen Regierung ist es, eine Entwaffnung der PKK zu erreichen, ohne weitergehende Zugeständnisse einer stärkeren lokalen und regionalen Selbstverwaltung machen zu müssen und gleichzeitig den eigenen regionalen Einfluss signifikant zu steigern. Zur türkischen Eindämmungsstrategie gehört es auch, durch enge Beziehungen zur KRG, insbesondere durch die Unterstützung von Barzani und der KDP, die PKK bzw. PYD zurückzudrängen. Allerdings hat der syrische Bürgerkrieg und der Vormarsch des IS den internen türkisch-kurdischen Konflikt zwischen der PKK und der Türkei zunehmend regionalisiert, was sich sehr deutlich am Kräftemessen um die syrisch-kurdische Stadt Kobane zeigte. Als der IS Mitte September 2014 Kobane angriff und von drei Seiten umzingelte, verweigerte die türkische Regierung die Öffnung eines Hilfskorridors für die eingekesselte Stadt und hinderte Hunderte türkischer Kurden am Grenzübertritt, die sich zur Unterstützung der Verteidiger von Kobane an der Grenze versammelt hatten. Der wachsende Unmut der türkischen Kurden entlud sich Anfang Oktober 2014 in gewalttätigen Ausschreitungen in weiten Teilen der Türkei, während gleichzeitig die internationale Solidarisierung mit dem kurdischen Widerstand in Kobane zunahm. Infolge dessen erhöhte sich der Handlungsdruck auf die türkische Regierung, die ohnehin wegen ihrer zwielichtigen IS-Politik international in die Kritik geraten war. So reagierte die türkische Regierung im Einklang mit ihrer Eindämmungsstrategie und erlaubte Ende Oktober 2014 einer begrenzten Anzahl kurdischer Peschmerga, aus der kurdischen Autonomieregion über türkisches Territorium nach Kobane zu gelangen, um die Stadt zu verteidigen. Dennoch ist die Türkei strikt gegen die Selbstverwaltungskantone der PYD und die Entstehung einer zweiten kurdischen Autonomiezone in Syrien. So äußerte sich Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan Ende Januar 2015 unmissverständlich, dass die Türkei ein autonomes „Nordsyrien" wie im Nordirak nicht akzeptieren werde.

Irans zunehmender Einfluss im Irak und in Syrien liegt keineswegs im Interesse der Türkei (Gürbey 2014). Dennoch überlappen sich ihre Interessen im Hinblick auf die Kurdenfrage, insbesondere in Syrien. Sie sehen in der neu formierten innerkurdischen Kooperation und Stärkung eine Gefahr, und befürchten, dass sich Rojava und die irakisch-kurdische Autonomieregion zu einem gemeinsamen kurdischen Staat zusammenschließen könnten. Dies wiederum könnte Aspirationen auf größere Autonomie ihrer eigenen kurdischen Bevölkerungen wecken. Daher sind beide Staaten bestrebt, die innerkurdische Kooperation zu schwächen, indem sie innerkurdische Spannungen ausnutzen. Bereits in der Vergangenheit konnten sie von der innerkurdischen Zerrissenheit profitieren und die verschiedenen Akteure gegeneinander ausspielen.

Die neue innerkurdische Kooperation steckt noch in den Anfängen. Ob sie zur Verminderung oder gar Überwindung von innerkurdischen Rivalitäten beitragen wird, bleibt noch abzuwarten.

Gestärkt in einem unsicheren Umfeld

Die weitere Entwicklung in der Region lässt sich kaum vorhersehen, und die Bedrohung durch den IS und andere salafistische und dschihadistische Bewegungen hat die Unsicherheit im Irak und in Syrien noch verstärkt. Die Zukunft der Kurden hängt in jedem Fall eng von diesem Sicherheitsdilemma ab. Trotz ihrer gestärkten Position hat das Sicherheitsbedürfnis von Irakisch-Kurdistan und der neuen syrisch-kurdischen Selbstverwaltungsgebiete deutlich zugenommen.

Der Bedeutungszuwachs der irakischen, syrischen und türkischen Kurden als strategischer Faktor in der regionalen und internationalen Politik (Ahmed und Gunter 2013; Romano und Gürses 2014) und im Kampf gegen den

IS verschafft ihnen ein größeres Gewicht und eine bessere Ausgangsposition für eine erweiterte Autonomieregelung oder gar die staatliche Unabhängigkeit, sollte es zum Zerfall des irakischen oder syrischen Zentralstaates kommen. Der Westen muss auf die wachsende regionale Bedeutung der Kurden reagieren, indem er seinen häufig negativen Diskurs über die „Kurdenproblematik" als Destabilisierungsfaktor aufgibt und seine regionale und internationale Politik gegenüber Kurdistan anpasst (Phillips 2014; Stansfield 2013). Der Konflikt um die politische Eigenständigkeit der Kurden ist im Kern eine historische Erblast des Zerfalls des Osmanischen Reiches und der Friedensregelungen nach dem Ende des Ersten Weltkrieges. Je mehr die Kurden an strategischer Bedeutung gewinnen, umso wichtiger wird es, dass sich ein neuer Blick auf ihre historisch angelegten Autonomiebestrebungen durchsetzt.

Die gemeinsame Bedrohung des IS hat die Kurden jenseits staatlicher Grenzen und politischer Differenzen stärker zusammenrücken lassen. Dennoch bleibt abzuwarten, ob die neue innerkurdische Kooperation von Dauer sein wird und ob es den rivalisierenden kurdischen Akteuren gelingt, ihre Machtansprüche zugunsten der gemeinsamen Interessen zu minimieren. Sollte dies möglich sein, so wäre das eine historische Zäsur im Prozess der kurdischen Nationalstaatsbildung. Gleichzeitig würde dies die externe Einflussnahme durch Regionalmächte künftig erschweren und die Performanz der Kurden, ihre Interessen im regionalen Kontext erfolgreich durchzusetzen, signifikant steigern. Die sich über Staatsgrenzen hinweg formierende kurdische Öffentlichkeit erwartet dies von ihren politischen Vertretern.

Die beschriebenen Entwicklungen zeigen, dass eine weitergehende Autonomieregelung für die irakischen und syrischen Kurdengebiete längst überfällig war und dass es an der Zeit ist, die autonomen Kurdenregionen als neuen Ordnungs- und Stabilitätsfaktor in der Region anzuerkennen und sie in mittel- und langfristige Lösungen einzubeziehen. Eine nationale Unabhängigkeit Kurdistans wäre die lang ersehnte Erfüllung historischer Versprechen. Sie würde den Kurden jedoch nur dann einen Zuwachs an Sicherheit und Entwicklung bringen, wenn das Staatsgebilde auch eine reale Überlebenschance hätte. Trotz Verbesserungen in dieser Richtung sind die Voraussetzungen hierfür derzeit noch nicht gegeben. Hingegen ist eine Unabhängigkeit Irakisch-Kurdistans angesichts der unsicheren Zukunft des Irak durchaus in naher Zukunft denkbar. Fällt der Irak auseinander, dann wird eine Unabhängigkeit der von der KRG kontrollierten Gebiete unumgänglich sein. Ob dies geschehen wird, ob die syrisch-kurdische Autonomie Bestand haben wird, und ob der türkisch-kurdische Friedensprozess erfolgreich sein wird, hängt nicht zuletzt von der Durchsetzungskraft der kurdischen Eliten und Parteien selbst ab.

Literatur

Ahmed, Mohammed M. A., und Michael M. Gunter (2013), *The Kurdish Spring: Geopolitical Changes and the Kurds*, Costa Mesa: Mazda Publishers.

Bengio, Ofra (2012), *The Kurds of Iraq. Building a State within a State*, Boulder/London: Lynne Rienner Publishers.

Gürbey, Gülistan (2014), The Effects of the Islamist Advance in Iraq on the Kurds, in: *Orient. Deutsche Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur des Orients*, IV, 55, 22-28.

Gürbey, Gülistan (2014), Cry for Help from Kobane: Why It Is Necessary to Prevent Another Srebrenica, *EurActiv.com*, 27.10., online: <www.euractiv.com/sections/global-europe/cry-help-kobane-why-it-necessary-prevent-another-srebrenica-309523> (17. April 2015).

Gürbey, Gülistan (2014), Die Kurdenpolitiken der AKP-Regierung im Kontext des Bürgerkrieges in Syrien und des Vormarsches des IS. Zwischen Konfrontation und Kooperation, in: *Südosteuropa-Mitteilungen*, 5-6, 54, 26-38.

International Crisis Group (2011), Iraq and the Kurds: Confronting Withdrawal Fears, in: *Middle East Report*, 103.

Kane, Sean (2011), *Iraq´s Disputed Territories. A View of the Political Horizon and Implications for U.S. Policy, United States Institute for Peace*, Peaceworks, 69.

Phillips, David L. (2014), *The Kurdish Spring. A New Map of the Middle East*, Transaction.

Romano, David, und Mehmet Gürses, (2014), *Conflict, Democratization and the Kurds in the Middle East. Turkey, Iran, Iraq and Syria*, New York/London: Palgrave MacMillan.

Stansfield, Gareth R.V. (2013), The Unravelling of the Post-First World War State System? The Kurdistan Region of Iraq and the Transformation of the Middle East, in: *International Affairs*, 89, 2, 259-282.

Die Autorin

Dr. Gülistan Gürbey ist habilitierte Politikwissenschaftlerin und Privatdozentin am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen Außenpolitik in defekten Demokratien, Konfliktforschung und friedliche Konfliktbearbeitung, internationaler Minderheitenschutz, Migration und Integration. Den regionalen Schwerpunkt bildet der Nahe Osten mit Focus auf der Türkei, Kurdistan und Zypern.

<dapir@web.de>
<www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/international/vorderer-orient/team/privatdozentinnen/index.html>

GIGA-Forschung zum Thema

Im Rahmen des GIGA Forschungsschwerpunktes 2 „Gewalt und Sicherheit" werden im Forschungsteam „Kriegs- und Friedensprozesse" die Dynamiken von innerstaatlichen Gewaltkonflikten sowie die Möglichkeiten der friedlichen Konfliktbearbeitung vergleichend untersucht. Im Forschungsteam „Religion, Konflikt und Politik" wird die Ausdifferenzierung von islamistischen Parteien in den Blick genommen.

GIGA-Publikationen zum Thema

Bank, André, und Roy Karadag (2013), "The Ankara Moment": The Politics of Turkey's Regional Power in the Middle East, 2007-2011, in: *Third World Quarterly*, 34, 2, 287-304.

Bank, André, und Roy Karadag (2014), Before the Arab Revolts and After: Turkey's Transformed Regional Power Status in the Middle East, in: Fürtig, Henner (Hrsg.), *Regional Powers in the Middle East: New Constellations after the Arab Revolts*, New York/London: Palgrave MacMillan, 103-121.

Gürbey, Gülistan (2012), *Die türkische Kurdenpolitik unter der AKP-Regierung: alter Wein in neuen Schläuchen?*, GIGA Focus Nahost, 11, online: <www.giga-hamburg.de/de/publikationen/giga-focus/nahost>.

Rosiny, Stephan (2013), *Syrien: Vom Bürgerkrieg zum regionalen Flächenbrand?*, GIGA Focus Nahost, 6, online: <www.giga-hamburg.de/de/publikationen/giga-focus/nahost>.

Rosiny, Stephan (2014), *„Des Kalifen neue Kleider": Der Islamische Staat in Irak und Syrien*, GIGA Focus Nahost, 6, online: <www.giga-hamburg.de/de/publikationen/giga-focus/nahost>.

open access

Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons*-Lizenz *Attribution-No Derivative Works 3.0* <http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Nahost wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Stephan Rosiny; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Hanspeter Mattes; Lektorat: Silvia Bücke;

Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

IMPRESSUM